



Protokoll a.o. Generalversammlung Verband Solothurner Einwohnergemeinden

Donnerstag, 10. März 2022, 17.00 – 19.15 Uhr

Vorsitz	Roger Siegenthaler, Präsident
Anwesend	ca. 120 Personen, inkl. Gäste
Protokoll	Nino Freuler

Traktanden

0. Begrüssung durch den VSEG-Präsidenten Roger Siegenthaler, Wahl der Stimmzähler
1. Traktandenliste zur a.o. 76. Generalversammlung; Genehmigung
2. Protokoll der a.o. 75. Generalversammlung; Genehmigung
3. Steuer-Initiative „Jetzt si mir draa“ inkl. Gegenvorschlag zur Initiative
 - Präsentation Initiative „Jetzt si mir draa“ durch Rémy Wyssmann (Mitglied Initiativkomitee und Kantonsratmitglied)
 - Präsentation Gegenvorschlag durch Regierungsrat Peter Hodel
 - Sicht der Gemeindedirektorin, Regierungsrätin Brigit Wyss
 - Präsentation VSEG-Verhandlungsergebnis Delegation und Regierungsrat durch VSEG-Präsident Roger Siegenthaler
 - Eintreten und Detailberatung
 - Behandlung von eingereichten Anträgen
 - Schlussabstimmung und Parolenfassung

0. Begrüssung, Feststellung der Präsenz, Wahl der Stimmzähler

Der Vorsitzende Roger Siegenthaler, Präsident des VSEG, begrüsst die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Solothurner Gemeinden zur 76. Generalversammlung des VSEG. Ein herzliches Willkommen auch an die zahlreich anwesenden Gäste, speziell die beiden Regierungsratsmitglieder Brigit Wyss und Peter Hodel sowie den Kantonsrat und Mitglied des Initiativkomitees, Rémy Wyssmann.

Die Einladung mit Angabe der Traktanden wurde fristgerecht publiziert und versandt, die Generalversammlung ist beschlussfähig. Es sind 78 Gemeinden mit insgesamt 156 Stimmen vertreten, das absolute Mehr beträgt 79.

Als Stimmzähler werden einstimmig Urs F. Meier, Stadtjurist Solothurn, und Kurt Bloch, Gemeindepräsident Mümliswil, gewählt.

1. Traktandenliste zur a.o. 76. Generalversammlung; Genehmigung

Die Traktandenliste wird genehmigt, die Generalversammlung gilt als eröffnet.

2. Protokoll der a.o. 75. Generalversammlung; Genehmigung

Das Protokoll wird einstimmig und ohne Einwände genehmigt.

3. Steuer-Initiative «Jetzt si mir draa» inkl. Gegenvorschlag zur Initiative

Präsentation Initiative «Jetzt si mir draa» durch Rémy Wyssmann

Rémy Wyssmann bezieht Stellung zu den Zusicherungen des Regierungsrates gegenüber der VSEG-Delegation. Die Kompetenz, über den Finanzausgleich zu entscheiden, liegt alleinig beim Kantonsrat. Die Regierung habe hier keine entsprechenden Kompetenzen für verbindliche Zusicherungen. Er stört sich an diesem Vorgehen zwischen der Regierung und dem VSEG: Die Zusicherung ist für ihn nicht seriös, auch weil von Mitgliedern der Delegation im Kantonsrat vorgängig andere Aussagen getroffen wurden.

Für das Initiativkomitee beruht die Initiative auf der Tatsache, dass Solothurn im kantonalen Vergleich 2017 der Steuersätze an letzter Stelle stand. Stand 2021 befinde sich die Steuerbelastung des Kantons 40% über dem Schweizer Durchschnitt.

Die Initiative fordert, dass bis 2030 die Steuerbelastung im Schnitt der Schweiz, also bei nur noch 100% des Schweizer Durchschnitts liegen soll. Rémy Wyssmann bekräftigt hierzu, dass dies auch ein ausgewiesenes Ziel der Regierung gewesen sei und die Initiative in diesem Sinne nur eine konsequente Strategie zur Erreichung dieses Ziels darstellt.

Zum Thema Bezahlbarkeit erläutert Rémy Wyssmann, dass das Steuersubstrat des Kantons zu 80% den natürlichen Personen entspringt. Zudem zeigt er auf, dass die kantonalen Einnahmen in den letzten zehn Jahren um 114 Millionen gestiegen sind. Das Preisschild der Initiative beträgt für den Kanton 130 Millionen, dadurch entstünde auf zehn Jahre gerechnet eine Lücke von 1.6 Millionen, welche im Verhältnis zum Kantonsbudget vernachlässigbar sei.

Vom Gegenvorschlag hält Rémy Wyssmann wenig, da dieser nicht die gewünschte Entlastung bringe. Profitieren würden vielmehr gutverdienende, welche neu bis zu 25'000 Franken Kinderbetreuungskosten pro Kind geltend machen und von den Steuern abziehen könnten. Solothurn bliebe dabei weiterhin belastet. Die Kompensationsmassnahme über die Deckelung des Pendlerabzuges sei schlecht, zudem erteilt das Volk mit einer Stimme für den Gegenvorschlag der Regierung seines Erachtens einen Freipass für die Katasterschätzung.

Für ihn ist klar, der Gegenvorschlag soll abgelehnt und die Initiative angenommen werden, da nur die Initiative die versprochene Entlastung bringe.

Präsentation Gegenvorschlag durch Regierungsrat Peter Hodel

Regierungsrat Peter Hodel erläutert die Nuancen des Gegenvorschlags. Ihm sei wichtig, dass alle Details genannt werden, weshalb er auch mehr sagen wolle.

Als Erstes betont Regierungsrat Peter Hodel, dass der Gegenvorschlag aus einem Auftrag des Kantonsrats entstand und dieser für erheblich erklärt wurde, um den Kantonsrat auf die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags zu fixieren. Im Überblick wollte die Initiative eine Entlastung für tiefe und mittlere Einkommen. Der Gegenvorschlag biete diese, da er differenziert sei, um Ungerechtigkeiten auszugleichen. Mit der Initiative werden diese noch verstärkt. Um möglichst direkt eine Entlastung zu erzielen, wurde der Kinderabzug erhöht. Als Kompensation der Ertragsausfälle wurde der momentan unbegrenzte Pendlerabzug auf 7'000 Franken gedeckelt.

Mit diesen Massnahmen entstehen jährliche Steuerausfälle von 26.6 Millionen Franken für den Kanton und 28.7 Millionen für die Gemeinden. Die Entlastung der tiefen und mittleren Einkommen liegt bei etwa 64 Millionen Franken, davon 30.7 Millionen vom Kanton und 33.3 Millionen von den Gemeinden. 91% dieser Entlastungen kommen direkt Personen mit tiefen Einkommen zugute. Einkommensschwache Familien werden dabei besonders begünstigt, mit einer Entlastung, die sogar noch grösser ausfällt, als dies mit der Initiative der Fall wäre. Im Vergleich würde die Initiative in einer ersten Phase Ausfälle von jährlich 51.3 Millionen und in der zweiten Phase jährliche Ausfälle von 135 Millionen Franken verursachen.

Im Hinblick auf den Pendlerabzug bestätigt Peter Hodel, dass in etwa 7% der Stimmenden von der Deckelung des Pendlerabzugs betroffen seien. Mit 7'000 Franken Abzug entspricht dies in etwa der Kosten für ein Generalabonnement der ersten Klasse und einem Fahrrad. Durch die Deckelung entstünden dabei Mehreinnahmen von 8.7 Millionen. Zur Finanzierung des Gegenvorschlags muss der Kanton sein Budget um 3.6% und die Gemeinden ihr Budget um durchschnittlich 3.4% reduzieren. Zumindest für den Kanton sind diese Reduktionen ohne Sparpaket machbar.

Im Hinblick auf die Totalrevision der Katasterschätzung erklärt Regierungsrat Peter Hodel, dass hier klar ein Versprechen seitens der Regierung abgegeben wurde, dass dies nicht Teil der Initiative sei. Die Katasterschätzung wurde bewusst abgekoppelt und stellt eine separate Vorlage dar, dies da sich die Steuerinitiative auf den Steuertarif und nicht den Steuerwert beziehe. Er betont hier deutlich, dass die Katasterschätzung für den Kanton eine einkommensneutrale Angelegenheit wird, selbst wenn auf Seiten der Gemeinden Mehreinnahmen entstehen könnten.

Im Zusammenhang mit Entlastungen gegenüber den Gemeinden bringt Regierungsrat Hodel hier die Ausgaben für die Sonderpädagogik ins Spiel. Dieses Leistungsfeld wird neu vom Kanton übernommen, ab 2026 entfallen somit Kosten von gesamthaft 20 Millionen Franken für die Gemeinden. Diese seien zwar nicht Teil der Verhandlungen, aber zeigten, dass die Regierung bereit sei, die Gemeinden zu unterstützen und dass man eine gemeinsame Lösung anstrebe.

Schlussendlich bezieht Regierungsrat Hodel sich auf die gestrigen Verhandlungen. Er betont, dass eine der Bedingungen des Auftrags gewesen sei, die Gemeinden und den Kanton durch die Mindereinnahmen nicht übermässig zu entlasten. Dynamische Entwicklungen innerhalb der Gemeinden seien schwer abzuschätzen, hier sei die Regierung auf Partner, wie den VSEG angewiesen. Aus diesem Grund sei es auch gestern zu Verhandlungen gekommen. Peter Hodel bekräftigt ebenfalls, dass solche Verhandlungen Teil des Prozesses und definitiv nicht gesetzeswidrig seien. Er ruft die anwesenden Delegierten dazu auf, die Initiative abzulehnen und dem Gegenvorschlag zuzustimmen.

Die Sicht der Gemeindedirektorin, Regierungsrätin Brigit Wyss

Regierungsrätin Brigit Wyss ist die Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements und somit sowohl für die Standortförderung wie auch das Amt für Gemeinden zuständig. Sie bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass es ihr Ziel und das Ziel der Regierung sei, den Kanton Solothurn nicht nur für Unternehmende, sondern auch für deren Mitarbeitende attraktiv zu machen. Deshalb wurde die Reform des Steuerwesens auch als Ziel im Legislaturplan festgehalten. Der Regierung sei klar, dass eine Reform nötig ist, aber die Schritte müssen sowohl für den Kanton wie auch die Gemeinden verdaubar sein und vor allem die Gemeinden müssen in der Lage sein, die anstehenden Schritte finanzieren zu können. Für sie bietet der regierungsrätliche Gegenvorschlag eine sehr gute Möglichkeit, auf verdauliche Art attraktiver zu werden.

Regierungsrätin Wyss betont ebenfalls, dass die Regierung die Gemeinden unterstützen wolle. Neben den gestrig besprochenen Möglichkeiten einer Abfederung der Ertragsausfälle über die Schülerpauschale oder den Finanzausgleich bestünde auch mit der Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung ein Instrument, um die Kostenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden zu definieren und gewisse Ertragsausfälle abzuwälzen. Insbesondere der Finanzausgleich bietet sich als Instrument an, da dieser jährlich durch den Wirksamkeitsbericht überprüft und anschliessend angepasst werden kann. Zudem ist die gezielte Entlastung einzelner Gemeinden durch den Finanzausgleich möglich. Somit könnten die schlimmsten Auswirkungen des Gegenvorschlags gezielt abgedeckt werden. Neben dem Finanzausgleich steht aber auch die Schülerpauschale als mögliches Instrument zur Diskussion. Da die Schülerpauschale den Gemeinden mit vielen Kindern im Schulalter zugunsten kommt, werden so gezielt die Ausfälle durch die höheren Kinderabzüge und die zusätzlichen Abzüge bei der Kinderbetreuung entlastet. Für Regierungsrätin Brigit Wyss bieten der Finanzausgleich und die Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung zudem zwei wirksame Instrumente, mit denen die negativen Folgen des Gegenvorschlags gezielt abgewälzt werden können.

Auch sie ruft die Delegierten dazu auf, den Gegenvorschlag anzunehmen, da dieser einen wichtigen Schritt zur Attraktivität darstellt.

Präsentation VSEG-Verhandlungsergebnis durch VSEG-Präsident Roger Siegenthaler

Roger Siegenthaler betont, dass die Delegation aus verschiedenen Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten, welche allesamt auch einen Sitz im Kantonsrat innehaben, bestand. Daniel Urech, Thomas Marbet, Barbara Leibundgut, Fabian Gloor und Roger Siegenthaler decken untereinander auch ein breites Parteienspektrum ab, was Roger Siegenthaler sicher stimmt, dass die diskutierten Massnahmen zur Abfederung der Auswirkungen des Gegenvorschlags auf eine breite Akzeptanz stossen und auch innerhalb des Kantonsrats getragen werden. Er vertraut der Regierung und nach den gestrigen Verhandlungen habe er auch Vertrauen in den Gegenvorschlag und die skizzierte Lösung des Regierungsrates mit dem Finanzausgleich und der Schülerpauschale als Gefässe, um Mindereinnahmen abzufedern.

Er bittet die Gemeinden deshalb, die Initiative abzulehnen, aber neu dem Gegenvorschlag zuzustimmen.

Voten der Delegierten

Hans-Ruedi Ingold, Subingen

Leider habe Rémy Wyssmann nur jeweils die Hälfte gesagt. Ja, die Einnahmen seien gestiegen, aber die Ausgaben hielten mit. Er sei einverstanden, dass Attraktivität wichtig sei, diese dürfe aber den Steuerzahler auch etwas kosten. Er erlebe dies selbst in seiner Gemeinde. Nach den Ausführungen der beiden Regierungsräte und des VSEG-Präsidenten will er den Gegenvorschlag unterstützen.

Barbara Leibundgut, Bettlach

Die Gemeinden können weder die Initiative noch den Gegenvorschlag tragen. Aus diesem Grund suchte die Delegation zusammen mit dem Regierungsrat nach einer Lösung. Innerhalb der Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung sind Abfederungen möglich, über die Schülerpauschale könnten weitere Ausgleichs vorgenommen werden, welche gezielt den meistbetroffenen Gemeinden helfen würden. Die Schülerpauschale als Massnahme ist eine gute Idee, leider kam diese den Beteiligten erst nach der Kantonsratssitzung in den Sinn.

Ihr ist auch wichtig zu betonen, dass die Delegation sich bewusst sei, dass die Entlastung nicht sofort möglich ist. Die Zusicherung, dass eine Überprüfung einer solchen Abfederung jedoch erfolgen wird, wurde abgegeben. Sie ist überzeugt, dass die Gemeinden mit dieser Zusicherung hinter dem Gegenvorschlag stehen können.

Fabian Gloor, Oensingen

Die Initiative wäre ruinös. Die Ausfälle führen keineswegs zu einer Steigerung der Attraktivität, da einerseits Dienstleistungen gekürzt oder andererseits die Steuerfüsse der Gemeinden erhöht werden müssten. Für ihn ist jedoch klar, dass die Glaubwürdigkeit der Gemeinden und des Kantons auf dem Spiel steht. Man habe sich gegenüber den Bürgerinnen und Bürger verpflichtet, eine Steuerentlastung durchzuführen. Mit dem Gegenvorschlag besteht die Chance, die versprochene Entlastung zu realisieren und die Attraktivität des Kantons zu steigern. Für ihn biete sich der Finanzausgleich als gutes Instrument an. Auch er ist der Überzeugung, dem Kanton vertrauen zu können. Er empfiehlt eine Stimme für den Gegenvorschlag.

Kuno Schmid, Lommiswil

Aus seiner Sicht sei der Gegenvorschlag problematisch, da er auch die hohen Einkommen entlaste. Lommiswil empfiehlt deshalb allen Gemeinden die Stimmfreigabe.

Stefan Müller, Herbetswil

Er könne maximal aus taktischen Gründen dem Gegenvorschlag zustimmen. Die Initiative ist tödlich, aber auch mit dem Gegenvorschlag entstehen grosse Ausfälle. Er kritisiert den VSEG, da die Geschäfte und Verhandlungen mit der Regierung einen Hinterzimmergeruch hätten, die Delegierten nun die Katze im Sack kaufen müssten und viele bereits von ihren Gemeinden beauftragt worden seien, ein Doppel-Nein einzulegen. Für ihn könne man den Gegenvorschlag unterstützen, aber nur aus taktischen Gründen.

Verena Meyer-Burkhard, Buchegg

Auch sie sei hier mit dem Auftrag, ein Doppel-Nein abzugeben. Für sie habe der Gegenvorschlag bis jetzt auch noch keine Hände und Füsse, nichts sei konkret. Sie erwartete zumindest einen dringlichen Auftrag seitens des Regierungsrats.

Daniel Urech, Dornach

Es sei unklar, ob ein dringlicher Auftrag wirklich machbar sei. Dennoch wurden an den Verhandlungen gestern gewisse konkrete Resultate erreicht. Die Zusicherung, dass die Regierung mittels Finanzausgleich und der Schülerpauschale die Gemeinden unterstützen will sei klar gegeben worden. Er versichert den Anwesenden auch, dass die Gemeinden gewisse Trümpfe behielten und diese auch ausspielen könnten, falls die Regierung die Zusicherung nicht umsetzt. Für ihn wäre beispielsweise eine Initiative mit dem Ziel, die Gemeinden an den Ausschüttungen der Nationalbank zu beteiligen, denkbar. Mit den gestrigen Zusicherungen bedeute der Gegenvorschlag aber einen Schritt in die richtige Richtung, deshalb empfiehlt auch er ein Ja für den Gegenvorschlag.

Christoph Heiniger, Flumenthal

Er haltet nichts von Hinterzimmergeschäften und Absichtserklärungen. Für ihn sei daher klar, dass es nach wie vor sowohl die Initiative wie auch den Gegenvorschlag abzulehnen gilt. Bei der Stichfrage schlucke er mit dem Gegenvorschlag notfalls die «kleinere Kröte».

Johanna Bartholdi, Egerkingen

Steuerbelastungen senken zu wollen, nur damit anschliessend die Gemeinden ihre Steuerfüsse erhöhen müssten, bringt nichts. Sie votiert deshalb ebenfalls zweimal Nein.

Stefan Hug-Portmann, Biberist

Für ihn sei klar, dass die Initiative abgelehnt werden müsse. Dem Gegenvorschlag sollte man zustimmen. Bei der STAF konnte man sich die Steuersenkung auch leisten, jetzt steht das Wohl der Steuerzahler im Fokus. Diese hätten eine Entlastung verdient. Er ist für ein Ja für den Gegenvorschlag, da sich aus seiner Sicht die Ausgangslage geändert hat.

Daniel Grolimund, Zuchwil

Er sei mit dem gemeinderätlichen Auftrag für die Stimmfreigabe zu wählen, hergeschickt worden. Diese Option habe er mit den gestellten Anträgen nicht. Zudem sei der Verlauf der ganzen Sache mit den Verhandlungen in letzter Stunde schwierig. Er ist deshalb für eine allgemeine Stimmfreigabe.

Daniel Baumann, Nuglar-St-Pantaleon

Er wolle nur kurz anfügen, dass die Stichfrage nur eine Wahl für eine der beiden Optionen vorsieht, falls beide angenommen würden. Bei einem Doppel- Nein müsse man sich dementsprechend gar nicht entscheiden, da beide Optionen abgelehnt ären.

Behandlung von eingereichten Anträgen

Antrag der Gemeinde Horriwil:

Der Gemeinderat Horriwil beantragt, dass der VSEG ebenfalls auf eine Stellungnahme / Parole verzichten soll.

3 Stimmen sind für den Antrag, 153 Stimmen lehnen den Antrag ab. Keine Gemeinde hat sich enthalten. Der Antrag der Gemeinde Horriwil wird somit grossmehrheitlich abgelehnt.
--

Antrag der Gemeinde Buchegg:

Der Gemeinderat Buchegg beantragt, dass der VSEG auch eine Parole gemäss der Mehrheitsmeinung, wenn kein 2/3 Mehr sondern ein knappes Mehr erreicht wird, fasst.

Hardy Jäggi, Rechterswil, ist der Meinung, dass dies die Statuten ändert und der Antrag auf eine Statutenänderung als solche hätte eingebracht werden müssen. Aus seiner Sicht ist der Antrag nicht zulässig.

Verena Meyer-Burkhard zieht den Antrag ihrer Gemeinde zurück.

Schlussabstimmung und Parolenfassung

Antrag

Der VSEG-Vorstand beantragt grossmehrheitlich zuhanden der a.o. Generalversammlung:

1. Die Steuer-Initiative „Jetzt si mir draa“ ist abzulehnen.
2. Der kantonale Gegenvorschlag zur Steuer-Initiative „Jetzt si mir draa“ ist abzulehnen.
3. Stichfrage: Sollten beide Vorlagen angenommen werden, dann ist a) der Gegenvorschlag b) die Steuer-Initiative zu unterstützen.

Resultate: (156 mögliche Stimmen, absolutes Mehr bei 79)

1. 153 Stimmen sind für den Antrag, die Initiative abzulehnen, niemand ist dafür, die Initiative anzunehmen. Drei Stimmen enthalten sich. Damit ist die Initiative grossmehrheitlich abgelehnt.

2. 79 Stimmen sind dafür, den Gegenvorschlag abzulehnen, 63 wollen den Gegenvorschlag annehmen. 14 Stimmen enthalten sich. Damit ist das absolute Mehr erreicht und der Gegenvorschlag wird ebenfalls abgelehnt.
--

3. 6 Stimmen sind für eine Stimmfreigabe, 150 Stimmen sind für eine Parolenfassung. Keine weitere Abstimmung zur Stichfrage erfolgt, da sowohl die Initiative wie auch der Gegenvorschlag abgelehnt wurden.

Der Präsident hält fest, dass die ausserordentliche Generalversammlung die Doppel-Nein Parole entschieden hat. Er nimmt das Resultat so zur Kenntnis, ist aber besorgt, dass sich die Gemeinden nun im Abstimmungskampf verzetteln könnten.

Der Präsident dankt allen für ihre Teilnahme und ihre Unterstützung und schliesst die a.o. GV um 19.15 Uhr.

Der Präsident

Der Geschäftsführer

Der Protokollführer

sig. Roger Siegenthaler

sig. Thomas Blum

sig. Nino Freuler